

**Rede
der Sprecherin für Haushalt und Finanzen**

Frauke Heiligenstadt, MdL

zu TOP Nr. 18b

Aktuelle Stunde

**Gemeinsam wachsen - mit weniger Steuern und
mehr Investitionen die wirtschaftlichen Folgen der
Pandemie bewältigen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/8385

während der Plenarsitzung vom 27.01.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

das Vermögen der im Dezember 2020 zehn reichsten Männer der Welt ist seit Februar 2019 – trotz der Pandemie – um fast 500 Milliarden US-Dollar auf 1,12 Billionen US-Dollar gestiegen. Dieser Gewinn wäre mehr als ausreichend, um die ganze Weltbevölkerung gegen Covid-19 zu impfen.

Das ist ein Zitat aus dem Oxfam-Bericht „Das Ungleichheitsvirus“ aus diesem Monat.

In Deutschland verfügten die zehn reichsten Deutschen Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von rund 242 Milliarden US-Dollar – trotz, oder sollte man besser sagen: wegen der Pandemie – eine Steigerung von rund 35 Prozent.

Gemeinsam wachsen? Eine richtige Forderung! Betonung: „Gemeinsam“.

Die Unterschiede im Einkommen und Vermögen auf der Welt und auch bei uns in Deutschland werden in der Krise immer größer.

Man könnte viel dagegen tun, wenn man sich einig wäre. Das Schließen von Steueroasen, Maßnahmen gegen Gewinnverschiebung, eine weltweite Mindestbesteuerung von Konzernen, eine höhere Besteuerung von großen Vermögen, oder die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer – die Instrumente für eine andere Steuerpolitik sind da, werden aber nicht angewendet oder nicht konsequent umgesetzt.

Das liegt unter anderem aber auch an Parteien, die immer noch der alten neoliberalen Rhetorik hinterherlaufen, der Markt werde es schon richten.

Nichts richtet der Markt, denn eins zeigt die Krise wahrhaftig: Wir mussten nachsteuern, z. B. bei der Unterstützung der Familien und der kleinen Betriebe und Soloselbstständigen. In den Krankenhäusern, bei der Pflege.

Dabei macht die Krise uns momentan deutlich, wo weiterer Handlungsbedarf ist.

Und es ist gut, dass wir gemeinsam mit dem Bund und der EU ein Konjunkturpaket aufgelegt haben, das seinesgleichen sucht.

Natürlich müssen wir versuchen, weiterhin den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Im Zuge dieser Diskussion hat Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) gestern in einem Gastbeitrag im „Handelsblatt“ dafür plädiert, die Schuldenbremse für mehrere Jahre auszusetzen und dafür das Grundgesetz zu ändern. „Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgabendisziplin nicht einzuhalten“, schrieb er.

Dabei will er wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD den Haushaltsausgleich in der mittelfristigen Finanzplanung gar nicht aufgeben, sondern lediglich die Einhaltung der Schuldenbremse etwas modifizieren. Das haben im Übrigen auch meine Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und unser Ministerpräsident in den letzten Monaten immer wieder deutlich gemacht.

Ich finde, es ist neben der Diskussion um die Schuldenbremse aber auch wichtig und richtig – ich erinnere an den Beginn meiner Rede, den Oxfam-Bericht zum Ungleichheitsvirus – wenn wir diejenigen, die über die Rekordzuwächse an Einkommen und Vermögen verfügen, auch tatsächlich mehr an den Kosten der Pandemie beteiligen würden.

Oder, um es mit den Worten unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz zu sagen: „Unsere Maßnahmen verringern Ungleichheit und soziale Härten. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Gewinner der Digitalisierung und Gewinner der Krise einen fairen Beitrag zum Steueraufkommen leisten.“

Diese Einnahmen des Staates könnten dann für wichtige Aufgaben eingesetzt werden.

Bereits 2019 haben der damalige BDI-Präsident Dieter Kempf und DGB-Chef Reiner Hoffmann die Initiative „Öffentliche Investitionen für ein zukunftsfestes Deutschland“ vorgestellt. Bereits damals – vor Corona – ging es um ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm für deutlich höhere öffentliche und private Investitionen. Man muss nur die Regeln für die Schuldenbremse etwas mehr flexibilisieren und eine gerechtere Steuerpolitik machen.

Anrede,

der Investitionsbedarf ist ja in der Krise nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Bei der digitalen Ausstattung im Bildungswesen, bei der Breitbandinfrastruktur, im Pflegebereich, an den Hochschulen, in der Forschung, im Klimaschutz.

Meine Damen und Herren,

und dann kommen die Befürworter der Schuldenbremse immer mit dem Argument, die Kreditaufnahmen seien nicht generationengerecht, weil unsere Kinder sie abzuzahlen hätten.

Ich finde, der DGB-Bundesvorsitzende hat Recht, wenn er stattdessen sagt: „Jede nicht getätigte Investition ist eine Bürde für junge Menschen und verspielt die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft!“ Daher sind Investition jetzt richtig und wichtig.